

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 27.09.2023

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Oliver Fröhling CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Björn Schöttler	CDU	ab 17:17 Uhr
Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsfrau Ilona Bartocha	Bündnis 90 /	
Die Grünen		
Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg	SPD	
Ratsherr Otto Ersching	DIE LINKE.	
Ratsherr Dominik Hass	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	ab 17:21 Uhr
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Steffen Kriegel
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Björn Weiß
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Herr Martin Kahler	CDU	
Herr Ulrich Klebeck	FDP	Vertreter für Herrn Christoph Wagener

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Gülpasa Erdogan CDU-
Internationale Liste

Verwaltung:

Herr Stephan Theo Hammer
Herr Robert Wild

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Vorsitz:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Daniel Kahler	CDU
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD
Frau Sandra Manß	SPD
Herrn Christoph Wagener	FDP

Beginn: 17:04 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder die mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellten Auflistungen der Beschlusskontrollen zur Kenntnis.

3. KfW-Förderprogramm 432 "Energetische Sanierung - Zuschuss Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier" - Baustein B "Sanierungsmanagement"/1. Ergänzung Vorlage: 141/2023/1

Vorsitzender Fröhling führt aus, dass diese Beschlussvorlage bereits im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 06.09.2023 beraten worden sei. Die Ausschussmitglieder hätten den Beschlussvorschlag einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sowie der Stadtplanungsausschuss nehmen die Beantragung auf Fördermittel für Baustein B „Sanierungsmanagement“ aus dem Förderprogramm 432 „Energetische Sanierung – Zuschuss Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier“ der KfW-Bank zustimmend zur Kenntnis und unterstützen das Vorhaben zur Umsetzung eines Sanierungsmanagements für das Quartier Kluse / Tinsberg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

4. Bebauungsplan Nr. 735 "Am Fuhrpark", 3. Änderung und Erweiterung; Auslegungsbeschluss Vorlage: 031/2023

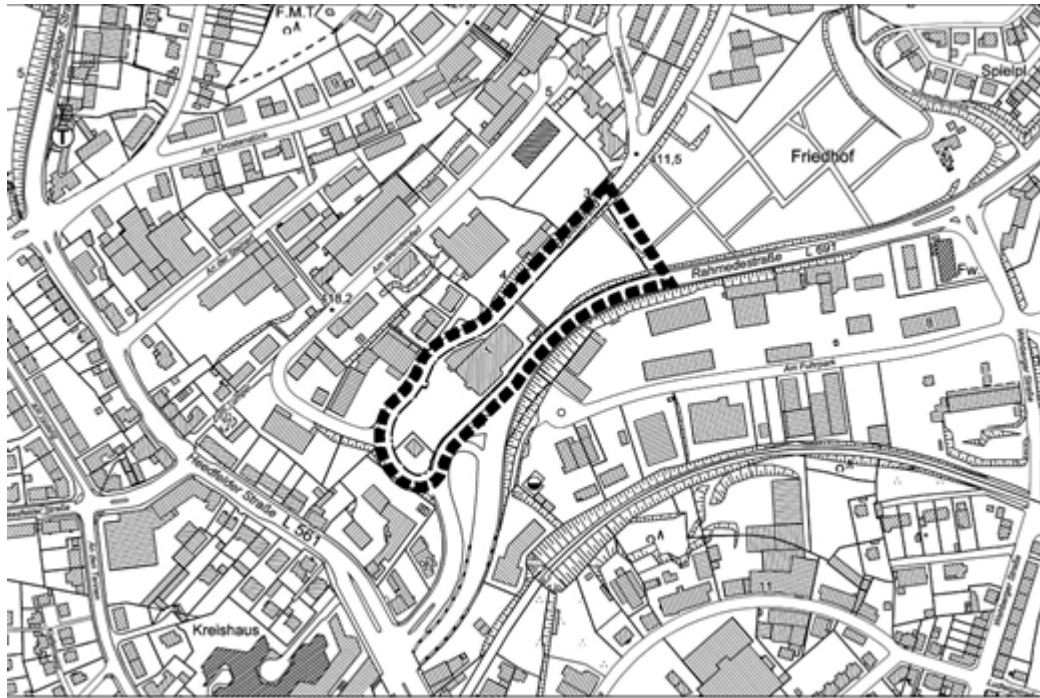
Auf Nachfrage von Ratsherrn Appelt führt Herr Wild aus, dass die Planung des Gerätehauses durch die Zentrale GebäudeWirtschaft (ZGW) erfolgt sei. Seitens der Stadtplanung sei für die Erstellung der Änderung des Bebauungsplanes davon ausgegangen worden, dass die Planung auskömmlich bzw. mit einem für die nächsten Jahre erforderlichen Puffer erfolgt sei.

Ratsherr Appelt bedankt sich für die Antwort.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Abweichend vom Aufstellungsbeschluss ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 735 „Am Fuhrpark“, 3. Änderung und Erweiterung um westlich gelegene Grundstücke erweitert worden und hat nunmehr den nachstehend skizzierten Geltungsbereich.



- II. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6) geändert worden ist, ist der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 735 „Am Fuhrpark“, 3. Änderung und Erweiterung einschließlich der Begründung und des Umweltberichtes und der wesentlichen, umweltbezogenen Stellungnahmen, falls diese der Stadt vorliegen, für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes für die Dauer einer angemessen längeren Frist, öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, sind von der Auslegung zu benachrichtigen und parallel zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

5. Errichtung von Wohnmobilstellplätzen Vorlage: 154/2023

Vorsitzender Fröhling bittet Herrn Hammer um Vortrag.

Herr Hammer führt aus, dass seitens der Verwaltung drei mögliche innerstädtische Stellplätze geprüft worden seien. Danach seien alle drei Möglichkeiten mit Restriktionen

bezüglich ihrer Umsetzung behaftet. Die Verwaltung habe daher zunächst den in der Beschlussvorlage formulierten Variantenbeschluss erarbeitet. Die Verwaltung bevorzuge eine Suchradiusverlängerung und somit den Beschluss gemäß Variante II, um den bestmöglichen Standort zu finden.

Ratsherr Hass bedankt sich zunächst für die Erstellung der Beschlussvorlage. Die Präferenz für den Variantenbeschluss II werde geteilt. Er schlägt vor, ggf. die beiden vorhandenen Schützenplätze in die Prüfungen aufzunehmen, da diese jeweils nicht dauerhaft genutzt würden.

Ratsherr Appelt fragt, ob bei der Auswahl des Oberstadttunnels als Stellplatzmöglichkeit berücksichtigt worden sei, dass die Firma Gerhardi als Störfallbetrieb in unmittelbarer Nähe angesiedelt sei.

Herr Wild antwortet, dass sich dadurch planungsrechtlich nichts ändere.

Herr Hammer ergänzt, dass durch den Neubau der Musikschule am Staberg bereits eine Reduktion der Stellplätze erfolgt sei. Durch die Errichtung von Wohnmobilstellplätzen auf dem Oberstadttunnel müsse bedacht werden, dass je Wohnmobilstellplatz drei PKW-Stellplätze verloren gingen.

Vorsitzender Fröhling bedankt sich für die Erläuterungen. Er fasst zusammen, dass seitens der Ausschussmitglieder ebenfalls die Beschlussvariante II bevorzugt werde. Somit fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

- II. Die Verwaltung **wird** beauftragt in einem erweiterten Radius einen Standort zu suchen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Aktueller Sachstand zur Beleuchtungssituation auf dem Rathausplatz

Vorsitzender Fröhling stellt fest, dass sich die Beleuchtungssituation auf dem Rathausplatz trotz zahlreicher Anfragen bisher nicht verändert habe. Er bittet Herrn Hammer um Vorstellung des neuen Sachstandes.

Herr Hammer führt aus, dass die Beleuchtung des Rathausplatzes unzureichend sei. Um eine schnellstmögliche Verbesserung herbeiführen zu können, habe er eine informelle, fachdienst- und fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Um alle notwendigen Interessensbereiche berücksichtigen zu können, seien der Fachdienst Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (FD 32) für die Belange des Wochenmarktes, die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH (LSM) für die Belange des Stadtfestes, der Fachdienst Bauservice (FD 60) für die Belange der Sondernutzungen, die Stabsstelle Fördermanagement (FM), weil der Rathausplatz mit Fördermitteln umgestaltet worden sei, und der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) als Auftraggeberin für die Installation von Beleuchtung auf dem Rathausplatz in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Allein die Zweckbindungsfrist belaufe sich auf 6 Jahre, so dass die Bezirksregierung Arnsberg als Fördermittelgeberin ebenfalls eingebunden werden müsse. Da bereits die Installation einer Interimsbeleuchtung eine Verbesserung darstelle, sollte die Bezirksregierung Arnsberg diese positiv beurteilen.

Ziel der Verwaltung sei es, möglichst noch vor dem ersten Frost fünf Stelen als Interimsbeleuchtung auf dem Rathausplatz im Bereich des Platanenhains zu errichten.

Im Frühjahr 2024 solle mit der Erarbeitung des Beleuchtungskonzepts begonnen werden.

Vorsitzender Fröhling stellt fest, dass die Installation einer Interimsbeleuchtung noch vor der dunklen Jahreszeit sehr wünschenswert sei.

Ratsherr Ersching regt an, bei der Erarbeitung des Lichtkonzepts die durch den Fachbereich Umwelt und Klima durchzuführende Stadtklimaanalyse einzubinden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Hass antwortet Herr Hammer, dass es nicht ausgeschlossen werden könne, dass in der neu gestalteten Wilhelmstraße im Zuge der Umsetzung des fertiggestellten Lichtkonzeptes gegebenenfalls die Pflasterung in Teilen noch einmal aufgenommen werden müsse.

Vorsitzender Fröhling bedankt sich für die Ausführungen.

7.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

7.3. Anfragen

Entfällt

gez. Oliver Fröhling

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin